

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Fadime Topaç (GRÜNE)**

vom 15. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. September 2020)

zum Thema:

Nimmt exzessiver Drogenkonsum in Verbindung mit Obdachlosigkeit im öffentlichen Raum in Berlin massiv zu?

und **Antwort** vom 13. Oktober 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Okt. 2020)

Frau Abgeordnete Fadime Topaç (GRÜNE)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25007

vom 15. September 2020

über Nimmt exzessiver Drogenkonsum in Verbindung mit Obdachlosigkeit im öffentlichen Raum in Berlin massiv zu?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht allein aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er war gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat die am stärksten belasteten Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln, Mitte und Tempelhof-Schöneberg um Stellungnahme gebeten, die in die Beantwortung eingeflossen ist.

1. Wie geht der Senat mit diesem Problem um, welche Senatsverwaltung ist dafür federführend zuständig, welche Senatsverwaltungen sind hierbei wie involviert, welche Treffen gab es hierzu bereits wann und mit welchem Ergebnis und welche Strategie hat der Senat, um diesem Problem insbesondere sozial- und gesundheitspolitisch zu begegnen?

Zu 1.:

Der Senat bearbeitet das Problem auf vielfältige Weise. Involviert sind neben der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung auch die betroffenen Bezirke. Es gibt diverse Gremien, in denen die Senatsverwaltungen und die Bezirke eng zusammenarbeiten, zum Beispiel in der Drogenkonsumraumrunde, im Projekt NUDRA und in diversen bezirklichen Gremien.

Der Berliner Senat hat die Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungslosenpolitik am 23.07.2019 beschlossen und damit Festlegungen sowohl zum politischen Rahmen zur Weiterentwicklung der Leistungsstrukturen der Regelversorgung als auch zum Ausbau der niedrigschwelligen Hilfen für wohnungslose Menschen getroffen.

Die niedrigschwelligen Projekte der Wohnungslosenhilfe richten sich an den Personenkreis der wohnungslosen Menschen, den die Regelversorgung (noch) nicht erreicht hat und der sich vorwiegend auf der Straße aufhält.

Die niedrigschwelligen Projekte sind im Integrierten Sozialprogramm/ISP zusammengefasst und haben einen gesamtstädtischen Charakter. Die bezirklichen Angebote ergänzen lokal die Angebote im jeweiligen Standortbezirk.

Ziel aller Projekte ist neben der Bereitstellung einer Grundversorgung und Soforthilfe auch eine Beratung zur Weitervermittlung in die Regelversorgung. Die wohnungslosen Menschen erhalten zudem Unterstützung, um die jeweiligen sozialen Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Berliner Senat – vertreten durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – unterstützt 27 Träger mit konzeptionell breit gefächerten niedrigschwelligen Angeboten, um die Lebenssituation wohnungsloser Menschen zu verbessern. Der Zugang zu Menschen, die sich vorwiegend auf der Straße aufhalten, wird insbesondere durch den Angebotsbereich der aufsuchenden Straßensozialarbeit geschaffen. Die Förderung der fünf Projekte liegt bei 1.636.000 €

Strategisch verfolgt der Berliner Senat für suchtkranke und wohnungslose Menschen mit dem Lebensmittelpunkt Straße den Ausbau der aufsuchenden Straßensozialarbeit. Seit dem Doppelhaushalt 2016/2017 sind vier neue Träger mit jeweils einem neuen Projekt in die Förderung aufgenommen worden. Der Förderbetrag ist seitdem fast verdreifacht worden, um dem gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen. Schwerpunkte wurden im Jahr 2020 in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Lichtenberg gesetzt.

Im Bereich der niedrigschwelligen Drogenarbeit wird die Straßensozialarbeit konzeptionell ergänzt durch weitere Konsumräume und die Erweiterung der Öffnungszeiten derselben. Immobilien für diesen Zweck in der Stadt zu finden, gestaltet sich sehr schwierig. Auch der Fachkräftemangel bei Sozialarbeit und Pflege stellt eine Herausforderung dar. Im Bereich des integrierten Gesundheitsprogramms IGP werden 2020/21 den niedrigschwelligen Drogenhilfeangeboten 5.655.235 Euro zur Verfügung gestellt. Die bezirklichen Angebote ergänzen auch im Bereich der niedrigschwelligen Drogenarbeit lokal die Angebote.

2. Wer hat sich wann aus welchen Senatsverwaltungen mit wem hinsichtlich der Situation am U-Bahnhof Schönleinstraße getroffen und welche Vereinbarungen wurden dort getroffen und wie ist hierzu der aktuelle Umsetzungsstand?

Zu 2.:

Am 27. Januar 2020 fand auf Einladung des Bezirksbürgermeisters von Neukölln Herrn Hinkel eine Besprechung auf Leitungsebene zur Situation am U-Bahnhof Schönleinstraße statt. Zu den Teilnehmenden gehörten unter anderem Frau Senatorin Breitenbach von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Herr Senator Geisel von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Herr Staatssekretär Matz von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, die Landessuchtbeauftragte Frau Köhler-Azara sowie Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik von der Polizei Berlin und die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg Frau Herrmann. Zusätzlich nahmen Vertreter*innen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und der Bezirksämter Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln an der Besprechung teil.

Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Frau Breitenbach hat sich am 27.01.2020 mit dem Bezirksstadtrat für Soziales vom Bezirksamt Neukölln, Herrn Biedermann, am U-Bahnhof Schönleinstraße getroffen. Beide haben sich ein Bild vor Ort gemacht. Es wurde vereinbart, mit gemeinsamen Kräften für Verbesserung zu sorgen.

Im Ergebnis der Besprechung überprüfte die Polizei Berlin ihr Maßnahmenkonzept zur Verbesserung der Situation am U-Bahnhof Schönleinstraße fortlaufend. Es sieht den Austausch und die Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnern Öffentlicher Personennahverkehr vor. Zur intensiven Zusammenarbeit gehören beispielsweise lageorientiert gemeinsame Streifen mit der BVG. Zudem werden im Rahmen des Funkwageneinsatzdienstes durch Dienstkräfte des zuständigen Polizeiabschnitts Haltepunkte am U-Bahnhof Schönleinstraße festgelegt und Fußstreifen durchgeführt, um die Präsenz zu erhöhen. Diesem Ziel dient auch der Einsatz der mobilen Wache unmittelbar am Bahnhof. Weiterhin erfolgen lageangepasst Einsätze, vornehmlich zu den Tageszeiten, an denen Schüler/-innen den Bahnhof frequentieren, um diese vor Belästigungen durch Personen der BtM-Szene zu bewahren.

Eine Mitarbeiterin der Landessuchtbeauftragten ist regelmäßig in der mit dreimonatigem Rhythmus tagenden Projektsteuerungsrunde des Bezirks Neukölln vertreten. Sie nahm u.a. am 08. Mai 2019 an einem Gespräch mit dem Bezirksbürgermeister und dem Stadtrat für Jugend und Gesundheit des Bezirksamtes Neukölln teil. Dort waren auch ein Vertreter der BVG und des zuständigen Polizeiabschnitts anwesend. Seit dem 01.09.2020 befindet sich in der Schönleinstraße ein Drogenkonsummobil zur Unterstützung von montags bis freitags von 09:30 Uhr bis 12:30 Uhr.

3. Welche weiteren - außer den in der Vorbemerkung von mir aufgeführten Hotspots - sieht der Senat wo in Berlin?

Zu 3.:

Die Frage nach weiteren „Hotspots“ ist nicht statisch zu sehen, sondern dynamisch. Es handelt es sich sowohl bei drogenkonsumierenden Menschen als auch bei wohnungslosen Menschen um Gruppen, die aufgrund von Verdrängungseffekten (Polizeieinsätze, Räumungen von „Camps“) einer besonderen Dynamik ausgesetzt sind, die nur temporär für Entlastung sorgen. Verwahrlosung, Vermüllung, Spritzenfunde und Beschwerden der Bevölkerung sowie Beobachtungen der Polizei und der Ordnungsämter sind Indikatoren für sog. „Hotspots“.

Aus Sicht der Senatsverwaltung für Inneres und Sport ist insbesondere auf dem Hansaplatz (Mitte), im Durchgang Falckensteinstraße/Cuvrystraße und auf dem Marheinekeplatz (Friedrichshain-Kreuzberg) sowie im Anita-Berber-Park (Neukölln) eine Verdichtung von Schlafstätten und Aufhalten obdachloser Personen festzustellen.

Aus Sicht der Wohnungslosenhilfe sieht der Berliner Senat neben den seit Jahren bekannten Brennpunkten am Bahnhof Zoologischer Garten, Kurfürstenstraße, Alexanderplatz und Ostbahnhof die folgenden Hotspots:

Wrangelkiez mit Görlitzer Park, Falckensteinstr./Cuvrystr., Marheinekeplatz, Schlesischer Busch/ Treptower Park, Schönleinstr., Hasenheide, Körnerpark, Wederbrücke, Rummelsburger Bucht, Bahnhof Lichtenberg und Umgebung und S-Bahnhof Schöneweide.

Aus Sicht der Landessuchtbeauftragten finden sich die Hotspots vor allem in Nord-Neukölln, in Kreuzberg, Moabit und Wedding, häufig entlang der U- Bahnlinien 7 und 8. Daneben gibt es weitere belastete Gebiete zum Beispiel Eisenacher Straße sowie Yorckstraße, Kurfürstenstraße und Stuttgarter Platz.

Aus Sicht der betroffenen Bezirke werden neben den bereits genannten Orten folgende Gebiete genannt:

Preußenpark, Jakob-Kaiser-Platz, Jungfernheide, die Grünanlage am Stadtbad nahe Richard-Wagner-Platz, Teile des Reuterkiezes, Bayerischer Platz, Akazien- Kiez/Apostel-Paulus-Kirche, rund um den Alice-Salomon-Park, Kurt-Hiller-Park, Kleistpark, Nelly-Sachs-Park, Kulmer Kiez/Yorckstr., Bautzener Str., Bülowstr., rund um die Kurfürstenstr./12-Apostel-Gemeinde, Flaschenhalspark, Crellestr., Steinmetzstr., Neue Steinmetzstr, Mansteinstr. Böcklerpark, Wrangelkiez, U-Bahnhof Britz Süd, Saalestraße, Braunschweiger Straße, S-Bahnhof Sonnenallee, entlang der S 1 zwischen Yorckstr. und Schöneberg sowie entlang der U 1 zwischen Nollendorfplatz und Bülowstraße.

Einen Anhaltspunkt bietet auch die von NUDRA erstellte Karte zu Spritzenfunden und gemeldeten Raumnutzungskonflikten über Menschen ohne Obdach (siehe Anlage).

4. Wie groß schätzt der Senat die Personenanzahl der genannten Zielgruppe in Berlin ein, die suchtkrank und obdachlos sind und sich an den Hotspots vermehrt aufhalten?

Zu 4.:

Der Senat plant auf der Grundlage möglichst valider Daten. Die Projekte der aufsuchenden Straßensozialarbeit im Bereich der Wohnungslosenhilfe haben im Berichtsjahr 2019 rd. 2600 Klient/-innen beraten, von denen rd. 1600 ein Sucht- /Drogenproblem thematisiert haben.

Die IFT Studie „Schätzung der Prävalenz substanzbezogener Störungen in Berlin:

Opioide, Kokain und Stimulanzien“ von 2015 (Datenjahre 2010 und 2011) kommt zu dem Ergebnis, dass wir von ca. 8.000-10.000 i.v.Opiatkonsument/-innen in Berlin ausgehen müssen. Von diesen befinden sich 5.689 im Jahr 2019 in Substitutionsbehandlung (<https://www.berlin.de/lb/drogen-sucht/service/statistiken-und-berichte/>).

5. Welche Lösungsstrategien verfolgt der Senat, um die Bezirke für gesamtstädtische Lösungsansätze einzubinden, anstatt kleinräumliche Lösungen durch die Bezirksämter im Rahmen der bezirklichen Handlungskompetenz zu erarbeiten?

Zu 5.:

Seit 2018 führt die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und den Bezirken, Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln das Projekt NUDRA (Netzwerk zum Umgang mit Drogen und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum) mit dem Projektträger Fixpunkt gGmbH durch. Das Projekt entwickelt ein datengestütztes Monitoring der Probleme und Handlungsstrategien zum Umgang damit. Ein erster Bericht erscheint demnächst. Das Projekt läuft noch bis 30.06.2022. Darüber hinaus liegt die Strategie der niedrigschwelligen Hilfen in der Ausweitung der Drogenkonsumräume und der Erweiterung der Öffnungszeiten derselben, um die Anbindung an das Suchthilfesystem mit diversen Beratungs- und Therapieangeboten zu ermöglichen (IGP). Mit den Suchthilfekoordinatoren der Bezirke besteht ein enger Austausch.

Das ISP Programm umfasst unterschiedliche – in der Regel anonym zu nutzende – Projekte in den Angebotsbereichen Beratungsstellen, Notübernachtungen, Straßensozialarbeit, ambulante medizinische Versorgung, Bahnhofsdienste oder Beratung für psychisch kranke wohnungslose Frauen.

Die Lebenslagen sind durch multiple Problemlagen gekennzeichnet: Betroffen sind in der Regel Fragen zum Einkommen, zur Unterkunft sowie zur „ambulanten medizinische Versorgung“. Aber auch Fragen der psychiatrischen Versorgung, Suchtfragen und diverse Rechts-themen sind relevant. Der Bereich Straßensozialarbeit ist seit 2016 systematisch ausgebaut worden. In der Umsetzung der aufsuchenden Straßensozialarbeit ist zu beachten, dass eine Konzentration der Beratungstätigkeit auf wesentliche Kernleistungen erfolgt, um die dringenden Bedarfe zu decken. Dies betrifft die Vermittlung in eine Unterkunft, die materielle Absicherung, die Beratung zur Gesundheitsversorgung und Vermittlung in das medizinische Versorgungssystem, sowie den Zugang zum öffentlichen Gesundheitsdienst. Die Beratung zu Themen der Drogen- und Suchthilfe konzentrieren sich bei der Wohnungslosenhilfe auf Verweisberatungen in spezialisierte Drogenberatungsstellen.

Die Senatssozialverwaltung sowie die Senatsgesundheitsverwaltung haben Ende 2017 eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, um alle relevanten Aspekte der gesundheitlichen Versorgung im laufenden Prozess gebündelt zu erörtern. Dies betrifft die Themen:

Ambulante medizinische Versorgung, Öffentlicher Gesundheitsdienst/Infektionsschutz, Psychiatrie/Suchthilfe, Entlassmanagement. Ziel ist eine kontinuierliche Ausgestaltung bedarfsgerechter Hilfen.

6. Inwiefern sind die BVG und die Landesdrogenbeauftragte in diese Thematik eingebunden und welche Vereinbarungen gibt es insbesondere mit der BVG, um eben nicht nur auf das Hausrecht der BVG zu verweisen und die Betroffenen von Bahnhof zu Bahnhof zu verschieben?

Zu 6.:

Die BVG ist eingebunden und hat in der Vergangenheit bei stärkerer Belastung durch Drogenkonsum in den U-Bahnhöfen die Präsenz der Sicherheitsdienste verstärkt. Besondere Vereinbarungen gibt es nicht.

7. Welche Sozialstadträte aus welchem Bezirken haben sich bezüglich der Problematik schwer suchtkranker Obdachloser im öffentlichen Raum an den Senat wann gewendet und welche Lösungsansätze wurden mit den Stadträt*innen bzw. mit allen Stadträt*innen im Rahmen des RdB hierzu diskutiert? (Bitte tabellarisch abbilden)

Zu 7.:

Am 11.09.2020 hat ein Gespräch mit dem Stadtrat für Soziales und Gesundheit Herrn Wagner und der Landessuchtbeauftragten zur Situation am Stuttgarter Platz und möglichen Zwischenlösungen bis zur Realisierung eines Drogenkonsumraums im geplanten Fahrradparkhaus im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf stattgefunden. Bereits im Mai 2019 hat es Gespräche dazu gegeben.

Herr Gothe, Stadtrat für Soziales und Gesundheit im Bezirk Mitte, hat sich im Juni 2019 mit zwei Schreiben für die Erweiterung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums, sowie die Notwendigkeit eines zweiten Drogenkonsumraums in Mitte eingesetzt. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung unterstützt das Vorhaben. Die Öffnungszeiten konnten mittlerweile erweitert werden, aber es bestehen große Schwierigkeiten, eine geeignete Räumlichkeit für einen weiteren Drogenkonsumraum zu finden.

In Tempelhof-Schöneberg hat es am 29.01.2019 ein Gespräch der Bezirksbürgermeisterin und dem Stadtrat für Jugend, Umwelt, Gesundheit, Schule und Sport Herrn Schworck mit der Landessuchtbeauftragten gegeben.

Zwischen der Suchthilfekoordinatorin des Bezirks und der Landessuchtbeauftragten besteht ein enger Austausch.

Seitens des Stadtrats für Jugend und Gesundheit im Bezirk Neukölln wurde mehrfach schriftlich und in Abstimmungsrunden eindringlich auf die Problematik des öffentlichen Drogenkonsums hingewiesen und zusätzlich zur Bereitsstellung des Drogenkonsummobils bzw. des stationären Drogenkonsumraums Unterstützung durch den Senat eingefordert.

Mittlerweile wurde ein Drogenkonsummobil in der Schönleinstr. bereitgestellt und die Öffnungszeiten des Konsumraums erweitert. Das Bezirksamt hat sich intensiv in die Erarbeitung der vom Senat geplanten neuen Leitlinien der Wohnungslosenhilfe und -politik eingebracht, u.a. hatte der zuständige Sozialstadtrat an den ersten beiden Strategiekonferenzen teilgenommen. Darüber hinaus hat das Bezirksamt Neukölln (Amt für Soziales, Straßen- und Grünflächenamt) zusammen mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ein Projekt für aufsuchende Sozialarbeit initiiert, das der Träger Gangway zuwendungsfinanziert im Auftrag des Bezirksamtes umsetzt. Hierfür stehen 2,5 Stellen zur Verfügung. Das Bezirksamt erhofft sich von diesem Projekt eine bessere Erreichbarkeit und Annahme von Hilfsangeboten des betroffenen Personenkreises.

Die neuen Leitlinien waren mehrfach Thema im Rat der Bürgermeister, als auch der Umgang mit sog. Obdachlosencamps. Weitere Informationen dazu sind hier zu finden: <https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/wohnungslose>

8. Sofern der Senat hierzu noch keine kongruente Strategie verfolgt- warum nicht?

Zu 8.:

Der Senat verfolgt dazu eine kongruente Strategie.

9. Inwiefern wurde die in dieser Anfrage beschriebene Personengruppe im Rahmen der Strategiekonferenzen thematisiert? Welche konkreten Lösungsansätze plant der Senat für diese Personengruppe bzw. setzt er derzeit bereits um, um ihnen spezifische Hilfen anzubieten mit dem Ziel, ihnen ein Leben ohne Obdachlosigkeit und Sucht zu ermöglichen?

Zu 9.:

Die Strategiekonferenz der Sen SenIAS thematisierte am 17.01.2018 grundsätzlich alle Themen der gesundheitlichen Versorgung, wie „ambulante medizinische Versorgung“ sowie psychische Erkrankungen im Allgemeinen, dazu zählt auch der missbräuchliche Konsum von Substanzen sowie Abhängigkeitserkrankungen. Lösungsansätze siehe zur Antwort auf Frage 5.

10. Welche Reinigungskosten sind bisher der BVG bzw. den Bezirken entstanden für die Beseitigung von Müll an o.g. Hotspots?

Zu 10.:

Seitens der BVG werden für die Reinigung einzelner Bahnhöfe keine spezifischen Daten gesammelt, da die Reinigungsleistungen über mehrere Bahnhöfe und Rahmenverträge abgerechnet werden.

Die Kosten der Reinigung durch die BSR in den Bezirken werden nicht gesondert erfasst, sondern mit den normalen Verschmutzungen beseitigt. Um die Situation insgesamt zu verbessern, wurden so genannte Spritzenentsorgungsbehälter aufgestellt.

Auch die Bezirke Neukölln, Mitte, Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf haben Entsorgungsbehälter aufgestellt.

Neukölln weist darauf hin, dass der Allgemeine Ordnungsdienst (AOD) mehrfach pro Woche im Rahmen der Gefahrenabwehr zurückgelassene Konsumutensilien aus dem öffentlichen Raum beseitigt. Insofern entstehen vorrangig Personal- und Umlagekosten, die jedoch nicht statistisch erfasst werden. Für die Beschaffung von 15 stationären Spritzenentsorgungsbehältern wurden 3.599,75 EURO an Fixpunkt ausgereicht. Zur sicheren Entsorgung von Spritzen durch Schul- oder Kitamitarbeitenden wurden 25 Kanülenabwurfbehälter für 109,48 EURO beschafft. Die mit der Beseitigung der Spritzen im Zusammenhang stehenden Personal- und Sachkosten beim Träger Fixpunkt gGmbH werden nicht gesondert statistisch erfasst.

11. Plant der Senat die BVG und die Bezirke hier stärker finanziell zu unterstützen, um zu verhindern, dass die Grünflächenämter einen Großteil ihres Budgets nur für diese Müllbeseitigung ausgeben?

Zu 11.:

Nein, bisher ist die Behauptung, die Grünflächenämter gäben einen Großteil ihres Budgets für diese Müllbeseitigung aus, nicht erwiesen.

12. Wo gibt es in Berlin, insbesondere an den in dieser Anfrage genannten Hotspots, vermehrte Spritzenfunde und wie viele Spritzen wurden hier durch wen an den einzelnen Hotspots gezählt?

13. Inwiefern ist gewährleistet, dass an den Hotspots die Spritzen eingesammelt werden bzw. weitere Spritzensammelbehälter aufgestellt werden?

Zu 12. und 13.:

Aus der Karte von NUDRA sind die Spritzenfunde für 2018/2019 ersichtlich (siehe Anlage). Hinzu kommen folgende Orte in Charlottenburg-Wilmersdorf: Stuttgarter Platz, Jakob-Kaiser-Platz, Preußenpark.

Im Jahresverlauf kommt es zu teilweise deutlichen Verschiebungen in der Belastung der Gebiete. Die Menschen sind mobil, das Geschehen ist ein dynamischer Prozess. Ob es sich bei einem Gebiet um einen sogenannten Hotspot handelt, ist im Übrigen nicht nur von der Anzahl der vorgefundenen Spritzen abhängig, sondern auch davon, ob es sich um besonders sensible Bereiche handelt, wie z.B. Konsumorte an Kita- oder Schulgelände oder um Spielplätze.

Die Spritzenfunde werden in den Bezirken unterschiedlich oder auch gar nicht gezählt. Wenn Spritzen gefunden werden, werden sie auch beseitigt. Auf Entsorgungsbehälter wurde bereits hingewiesen. Sowohl der Träger Fixpunkt e.V. + gGmbH als auch der Träger Vista gGmbH suchen gezielt in der Umgebung ihrer Einrichtungen nach Spritzen und entsorgen sie fachgerecht.

Darüber hinaus sind Mitarbeiter/-innen von Grünflächenämtern, der BSR und private Reinigungsunternehmen, von Hausverwaltungen und sozialen Trägern sowie Parkläufer/-innen, bemüht, Spritzenfunde zu melden und zu beseitigen.

Bezüglich der Spritzenentsorgungsbehälter befindet sich Charlottenburg-Wilmersdorf im engen Austausch mit Fixpunkt e.V. und der BSR. Aktuell wird die Übernahme einiger Behälter durch die BSR bearbeitet. In diesem Zusammenhang werden auch weitere Orte für die Aufstellung besprochen. Neben den Spritzensammlern (Ehrenamtliche, die der Szene nahestehen), die pro Woche vier Routen im Bezirk ablaufen werden diverse Plätze im gesamten Bezirk durch die Fixpunkt-Straßensozialarbeit aufgesucht. Viermal wöchentlich begeben zwei Sozialarbeiter/-innen von Fixpunkt drei Stunden lang verschiedene Örtlichkeiten, darunter bekannte, aber auch weniger bzw. selten in Anspruch genommene Konsumorte. Am Mobilstandort am Stuttgarter Platz können in Gesprächen mit Nutzern/-innen häufig aktuell frequentierte Orte durch die Fixpunkt-Mitarbeiter/-innen in Erfahrungen gebracht werden, teilweise erreichen Fixpunkt Störmeldungen über den Bezirk (Suchthilfekoordination) oder durch Anwohner/-innen am Busstandort. Durch diese verschiedenen Informationsmöglichkeiten gelingt es, einen guten Überblick zur aktuellen Gesamtlage der Hotspots zu bekommen.

An den Hotspots in Tempelhof-Schöneberg werden regelmäßig Spritzenfunde von Privatpersonen, von Mitarbeitern/-innen des Grünflächenamts, von den Parkläufern/-innen, von der BSR und privaten Reinigungsunternehmen, von Hausverwaltungen, von sozialen Trägern, vom Quartiersmanagement, von Wohnungsbaugesellschaften, von Kita-Mitarbeitern/-innen etc. und von den Straßensozialarbeitern/-innen an die Suchthilfekoordination des Bezirks gemeldet. Die meisten Meldungen sind jedoch nicht quantifizierbar.

Lediglich die Parkläufer/-innen und die Straßensozialarbeiter/-innen haben ihre Zählweise systematisiert. Allerdings treten auch hier Unschärfen auf, weil z.B. die von den Parkläufern/-innen zusätzlich an unzugänglichen Orten installierten transportablen Spritzenentsorgungsboxen nicht ausgezählt werden. Die Entsorgungsbehälter, die an insgesamt 10 Standorten aufgestellt und von der BSR geleert werden, werden ebenfalls nicht ausgezählt. Eine valide Aussage zur Gesamtanzahl der aufgefundenen Spritzen an den Hotspots ist für Tempelhof-Schöneberg deshalb nicht möglich.

In Neukölln erfolgt die Erfassung von Spritzenfunden und deren Entsorgung über die bezirklich finanzierte, aufsuchende Drogenhilfe durch Straßensozialarbeit der Fixpunkt gGmbH, dem Idefix-Projekt des Fixpunkt e.V., das Ordnungsamt, sowie durch das Straßen- und Grünflächenamt (SGA). Zusätzlich können Zahlen im geringen Umfang über die Polizei und Neuköllner Bürger/-innen gemeldet werden. Im Rahmen des Neuköllner Netzwerkes der aufsuchenden Drogenhilfe ist gewährleistet, dass über die beteiligten Kooperationspartner die belasteten Gebiete regelmäßig oder auf Grund von Meldungen aufgesucht und vorgefundene Spritzen entsorgt werden.

Es gibt im ganzen Bezirk Mitte Spritzenfunde. Diese werden nicht gezählt. Der Bezirk hat auf dieses Problem durch die Installation von Spritzenentsorgungsbehältern in Grünflächen reagiert, um drogengebrauchenden Menschen die Möglichkeit zu einer verantwortungsbewussten und sicheren Entsorgung zu bieten. Der Träger Fixpunkt e.V. wurde mit der Reinigung und Leerung der Spritzenentsorgungsbehälter sowie der Pflege des Umfeldes beauftragt. In Mitte sind 17 Spritzenentsorgungsbehälter installiert u.a. am Leopoldplatz und an der Turmstr.

In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es zurzeit vermehrte Meldungen zu Spritzenfunden im Skalitzer Park, Verkehrsgarten/Oranienplatz, Böcklerpark, Wassertorkiez und Erkelenzdamm.

14. Wie werden o.g. Personen an den Hotspots durch Sozialarbeiter*innen angesprochen und in Hilfsangebote vermittelt? Bitte aufschlüsseln: Anzahl an Sozialarbeiter*innen mit dieser Zuständigkeit, an welchen Orten/Hotspots, Anzahl der Kontaktaufnahmen pro Woche.

a) Sofern keine Statistik darüber geführt wird, warum nicht?

b) An welchen Hotspots sind keine Sozialarbeiter*innen unterwegs und was plant der Senat für diese Orte zu unternehmen?

c) Wer finanziert die Sozialarbeiter*innen an den einzelnen Hotspots?

d) Gibt es einen regelmäßigen berlinweiten Austausch der in dem Bereich tätigen Sozialarbeiter*innen?

Zu 14., a), b), c), d):

In der Umgebung der Drogenkonsumräume (Moabit: Birkenstr., Kreuzberg: Reichenbergerstr. Und Neukölln: Karl-Marxstr.) und der Standorte der Mobilen Konsumräume (Stuttgarter Platz, Eisenacher Str., Kottbusser Tor und Schönleinstr.) werden regelmäßig drogenabhängige Menschen von den Sozialarbeitern von Fixpunkt e.V. und Vista gGmbH angesprochen. Insgesamt stehen derzeit für Straßensozialarbeit und Umfeldarbeit 10,75 VzÄ zur Verfügung, finanziert über das IGP. Es gibt sowohl auf bezirklicher als auch landweiter Ebene entsprechende Gremien. Zweimal jährlich findet die Drogenkonsumraumrunde bei der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung statt, an der nicht nur die Träger, sondern auch die zuständigen Polizeiabschnitte, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, das Landeskriminalamt, die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und die Suchthilfekoordinatoren/-innen der Bezirke teilnehmen.

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales fördert in den zu 1. genannten fünf Projekten rd. 32 Vollzeitäquivalente. Daten zu den anderen Sachverhalten werden nicht erhoben, insbesondere ist wochenweise Datenerhebung nicht zielführend. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales führt anlassbezogen einen Fachaustausch mit den Trägern durch.

In Neukölln werden 1,35 VzÄ für die aufsuchende Drogenhilfe über Straßensozialarbeit beim Träger Fixpunkt gGmbH seitens des Bezirks über eine Zuwendung der Abteilungen Jugend und Gesundheit in Höhe von 80.000 EURO finanziert. Davon entfallen 0,75 VzÄ auf die Sozialarbeit und 0,5 VzÄ auf die sprachmittlerische Pädagogik (polnisch und russisch) und 0,1 VzÄ auf Leitungsaufgaben. Eine Aufschlüsselung der Kontaktaufnahmen pro Woche ist nicht möglich.

Von Januar bis August 2020 wurden 1597 Kontaktaufnahmen gezählt. Diese umfassen Informationsgespräche, Beratungen und Vermittlungen in Hilfsangebote und Begleitungen. Die Straßensozialarbeit von Fixpunkt ist im gesamten Gebiet von Neukölln tätig und sucht regelmäßig sowohl die sogenannten Hotspots als auch weniger belastete Gebiete auf.

In Tempelhof-Schöneberg sind seit Juni 2020 insgesamt 1,75 Sozialarbeiter/-innen im Rahmen der aufsuchenden Suchthilfe tätig. Die Fachkräfte sind grundsätzlich zu zweit unterwegs. Die Einsätze werden aktuell so geplant, dass die Hotspots regelmäßig mehrmals wöchentlich zu unterschiedlichen Zeiten angelaufen werden, um herauszufinden, wann die Konsumenten/-innen am ehesten anzutreffen sind. Der Fokus liegt dabei nicht ausschließlich auf der Ansprache von drogenabhängigen Menschen, sondern auch auf der Kontaktaufnahme zu alkoholabhängigen Menschen im öffentlichen Raum. Die Fachkräfte gehen aktiv auf die Konsumenten/-innen zu, versuchen, eine Beziehung aufzubauen, Informationen zum Hilfesystem weiter zu geben und in geeignete Anlaufstellen zu vermitteln.

Ein Schwerpunkt der Bestreifungen liegt zurzeit auf den Hotspots rund um den Bayerischen Platz, rund um die Eisenacher Str./Apostel-Paulus-Kirche und rund um die Yorckstr. Darüber hinaus gehen die Sozialarbeiter/-innen aktuellen Meldungen nach, die über die bezirkliche Suchthilfe Koordination oder über die Rückmeldungen der Parkläufer/-innen an sie herangetragen werden. Obwohl die Anzahl der Kontakte kontinuierlich angestiegen ist, werden Konsumenten/-innen im Moment aufgrund unterschiedlicher Faktoren (Polizeieinsätze, Einsätze der Parkläufer/-innen, Mobilität von Dealern und Konsumenten/-innen) eher unregelmäßig an den angelaufenen Konsumorten angetroffen. Am Hotspot rund um die Apostel-Paulus-Kirche stehen das Konsummobil und das Beratungsmobil von Fixpunkt montags - freitags im Zeitraum von 09:30 – 13:30 Uhr für Konsumenten/-innen zur Verfügung. Im Zeitraum von Januar – August 2020 wurde mit insgesamt 93 Personen eine Vereinbarung zur Nutzung des Konsummobils abgeschlossen. Es fanden an 156 Öffnungstagen insgesamt 1562 Konsumvorgänge statt. Das Beratungsmobil wurde insgesamt im selben Zeitraum an 163 Tagen 3914-mal von Konsumenten/-innen aufgesucht.

Friedrichshain-Kreuzberg hält eine Unterscheidung zwischen mobilen Angeboten Sozialer Arbeit und aufsuchender Sozialer Arbeit für angebracht. Mobile Angebote sind u. a. am Kottbusser Tor 5x wöchentlich vor Ort (Mo-Fr 13-17Uhr, Mobilix Fixpunkt e.V. – 2 Sozialarbeiter/-innen), ebenso im Görlitzer Park (Mo, Di 11-14h, Mi 16-19h, Do 11-15h, Mobilix Fixpunkt e.V. - 1 Sozialarbeiter/-in + Sprachmittlung). Des Weiteren gibt es aufsuchende Soziale Arbeit z.B. durch das Projekt Netzwerk GESO der Fixpunkt gGmbH in Kreuzberg Nordost jeweils Mo, Di 11-14h - 2 Sozialarbeiter/-innen; durch das Team Drop Out Xhain von Gangway e.V. Mo-Do jeweils 3- 5 Std. im gesamten Bezirk – 2-4 Sozialarbeiter/-innen, sowie durch das EHAP-Projekt vom Diakonischen Werk Berlin-Stadtmitte e.V. (in Kooperation mit der Sozialen Wohnhilfe und anderen sozialen Trägern – 2-3 Sozialarbeiter/-innen).

Am Leopoldplatz im Bezirk Mitte werden drogengebrauchende Menschen durch Fixpunkt e.V. direkt angesprochen. Vor Ort am Leopoldplatz befindet sich eine Kontaktstelle die neben Beratung und Versorgung/hygienischem Angebot auch eine Aufenthaltsmöglichkeit bietet. Durch Corona wurde dieses Angebot (Aufenthalt) jedoch stark eingeschränkt. Zwei Mal wöchentlich wird von zwei der vier Sozialarbeiter/-innen Streetwork auf dem Leopoldplatz durchgeführt. Dieses Angebot wird durch den Bezirk Mitte finanziert. Der Kleine Tiergarten wird durch die Umfeld Pflege des Drogenkonsumraums „Birkenstube“ versorgt. Am Alexanderplatz wird je nach Kapazitäten von einem Sozialarbeiter ein bis drei Mal wöchentlich durch das Café Streetwork der Caritas/ Großen Hamburger Streetwork durchgeführt. Dieses Angebot wird finanziert durch den Bezirk Mitte aus den Mitteln des Psychiatrieentwicklungsplan (PEP). Die Zahl der Kontakte wird statistisch erfasst und im Jahresbericht ausgewertet.

Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird die Straßensozialarbeit mit Sozialarbeiter/-innen bzw. Sprachmittlung mit 2 x 12 Stunden wöchentlich (2 Kollegen/-innen laufen 4x3 Stunden wöchentlich) durch Zuwendung durch den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (160 % Stellenanteile finanziert).

15. Wo plant der Senat neue Drogenkonsumräume in Berlin einzurichten und inwiefern erkennt der Senat einen höheren Bedarf als die bisher geplanten neuen Drogenkonsumräume? Bis wann plant der Senat neue Drogenkonsumräume einzurichten?

Zu 15.:

Der Senat sucht bereits seit einem Jahr in Kooperation mit dem Bezirk Mitte dringend eine Immobilie für einen weiteren Konsumraum in Wedding, Nähe Leopoldplatz/Osloer Straße.

Für 2021 ist ein weiterer Konsumraum am Kottbusser Tor geplant und für 2022 ein in das Fahrradparkhaus am Stuttgarter Platz integrierter Konsumraum. Generell gestaltet sich das Finden von geeigneten und finanzierbaren Immobilien, die in der Nähe der Konsumhotspots sein sollen, äußerst schwierig.

16. Mit welchen weiteren sozialarbeiterischen, gesundheitspolitischen und sozialpolitischen Instrumenten und Maßnahmen sollen o.g. Personen an den Hotspots erreicht werden?

Zu 16.:

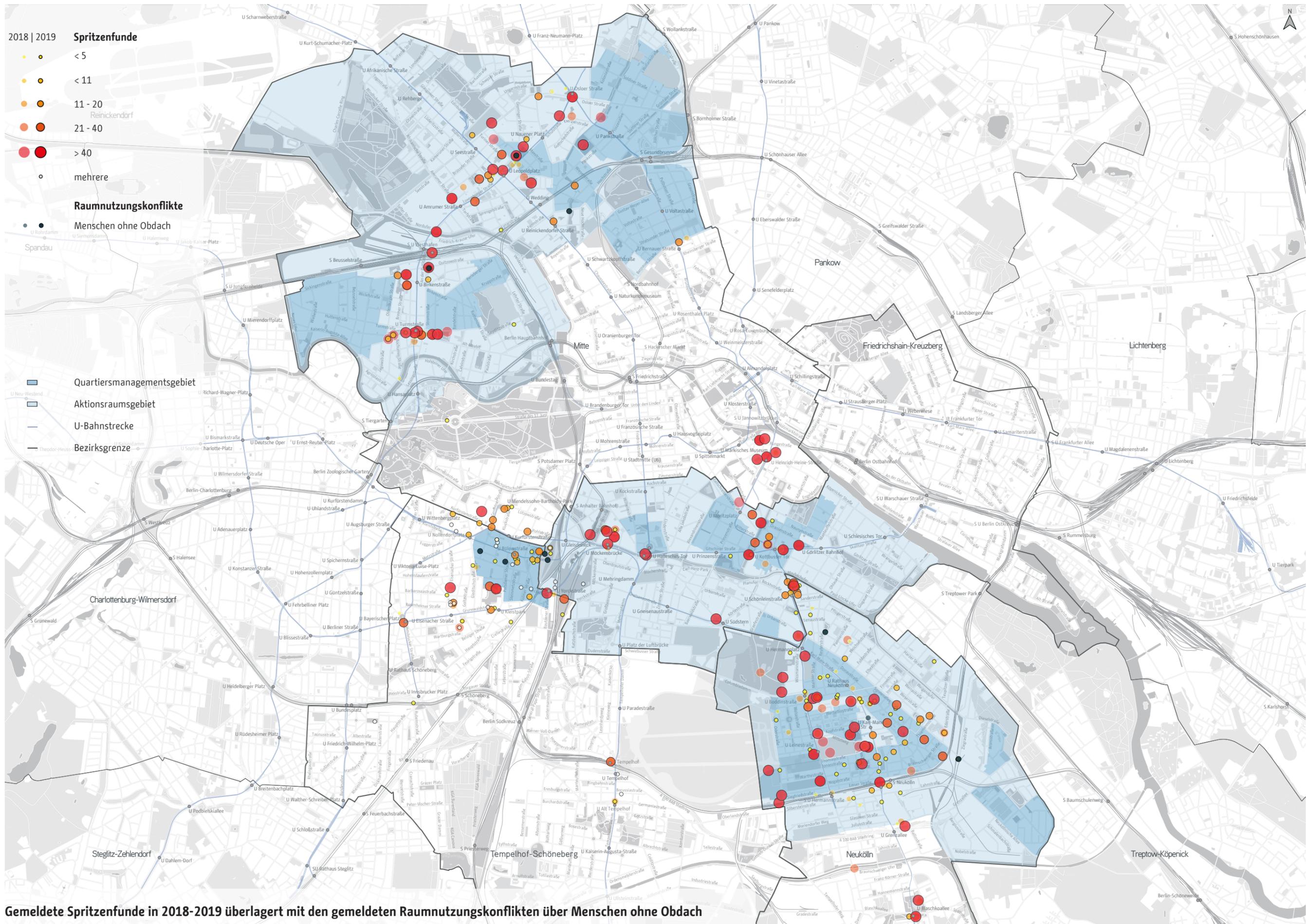
Siehe Antwort zu 5.

Notwendig ist sowohl eine Ausweitung der Straßensozialarbeit als auch Hilfeangebote, die den besonderen Voraussetzungen der Betroffenen gerecht werden. Diese brauchen eine freundliche Ansprache, lebenspraktischen Hilfen wie Essen und Getränke, Duschen, Kleiderkammer, medizinischer Wundversorgung, Infektionsprophylaxe (HIV und Hepatitis C) etc. Nicht immer sind Deutschkenntnisse vorhanden, so dass auch Sprachmittlung zum Angebot gehört. Darüber hinaus sind niedrigschwellige, konsumakzeptierende Angebote zum Aufenthalt, Tagesstrukturierende Maßnahmen und Unterkünfte für wohnungslose Menschen, die ebenso arbeiten, notwendig. Auch Menschen mit schweren psychischen Beeinträchtigungen sollten adäquat versorgt werden können. In Anbetracht des oftmals desolaten hygienischen und gesundheitlichen Zustands der Menschen müssen diese Einrichtungen sanitäre und medizinisch-pflegerische Angebote vorhalten. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 15 verwiesen.

Berlin, den 13. Oktober 2020

In Vertretung

Barbara König
Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung



Gemeldete Spritzenfunde in 2018-2019 überlagert mit den gemeldeten Raumnutzungskonflikten über Menschen ohne Obdach

Datenquellen (Stand der Datenerhebung Juli 2019, März 2020): Fixpunkt e.V., Fixpunkt gGmbH, Suchthilfekoordination Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg
Karte Quellen: Geoportal Berlin/ALKIS Berlin, Detailnetz Berlin, Soziale Stadt (Quartiersmanagement, Förderkulisse), Öffentliche Grün- und Erholungsanlagen (dl-de/by-2-0)

Aufbereitung: NUDRA Fixpunkt gGmbH, 24.09.2020

0 1 2 km